

Kai-Olaf Lang

**EINE BEZIEHUNG MIT HINDERNISSEN
- DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
KONFRONTATION UND ZUSAMMENARBEIT**

Einleitung

Die deutsch-polnischen Beziehungen entwickelten sich in den 1990er Jahren mit erstaunlicher Dynamik und schienen zu einem Modell gelungener „Aussöhnungsarbeit“ und konstruktiver politischer Zusammenarbeit in Europa zu werden. Die mit dem Zusammenbruch der bipolaren europäischen Ordnung, mit der deutschen Vereinigung und Polens Wiedererlangung unumschränkter nationalstaatlicher Handlungssautonomie entstandene Konstellation im Verhältnis beider Länder wurde als deutsch-polnische „Interessengemeinschaft“ bezeichnet: der neue historisch-politische Kontext, so die Leitidee dieser Formel, ließ nach einer langen Phase von Konflikten und Kollisionen zwischen Deutschland und Polen „eine kooperative Vision der Zusammenarbeit, guten Nachbarschaft und osmotischen Symbiose“ (Krzemiński 2006) möglich werden. Die Substanz dieser gegenseitigen Interessensparallelität war zunächst der von beiden Seiten geteilte Belang, nach der Überwindung des kommunistischen Gesellschaftsmodells und der Aufweichung des sowjetischen Herrschaftsbereichs Deutschlands Weg zur Einheit unter Regelung strittiger bilateraler Fragen, insbesondere der Grenzproblematik, frei zu machen und Polens Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie außenpolitischer Selbstbestimmung zu unterstützen. Schon bald danach war es die immer sichtbarer werdende europäische Dimension der deutsch-polnischen Beziehungen und das Ziel beider Länder, Polens „Rückkehr nach Europa“ und konkret seine Verankerung in den politischen Strukturen des Westens möglichst rasch herbeizuführen, die den Kern der gegenseitigen Kooperationsgemeinschaft bildete.

Vor diesem Hintergrund schien es möglich, die strukturelle Grundherausforderung der deutsch-polnischen Beziehungen, nämlich *Asymmetrie* bzw. das *Management von Asymmetrie* in den Griff zu bekommen. Für Polen ergab sich die Chance, trotz enger Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn im Rahmen einer diversifizierten Außenpolitik im europäischen Verbund die Entstehung übermäßiger Abhängigkeit von Deutschland zu verhindern, dem Aufkommen einer Hegemonialposition Deutschlands in Mittel- und Ostmitteleuropa entgegenzuwirken und nicht in eine klientelistische Position gegenüber dem großen westlichen Nachbarn zu geraten. Deutschland orientierte sich an der aus der strukturellen Imbalance zwischen beiden Ländern folgenden Notwendigkeit, konsequent von Instrumenten traditioneller Machtpolitik zu lassen bzw. durch Selbstzurückhaltung dem Eindruck einer solchen konsequent entgegenzutreten, um Fehlwahrnehmungen und eine Verhärtung von Positionen auf polnischer Seite zu vermeiden.

Das Substrat der Interessengemeinschaft: Dehistorisierung, Depolitisierung und Europäisierung

Insbesondere drei große Entwicklungstendenzen hatten substantiellen Einfluss auf den Prozess der Neubegründung und Umgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen: Dehistorisierung, Depolitisierung und Europäisierung.

Dehistorisierung

Eingedenk der möglichen Komplikationen historischer *Leftovers* waren die politischen Eliten in beiden Ländern daran interessiert, Mechanismen zu entwickeln, die vergangenheitsbezogene Probleme zwar nicht künstlich zur Seite schieben, die ihnen aber ihre negative Prägkraft für die bilaterale Kooperation nehmen. Die Leitlinie dieser Politik hieß „Aussöhnung“. Was die deutsche Politik anbelangt, so war es eine nach wie hohe Bedeutung „moralischer Politik“ in der zu Beginn der 90er Jahre aktiven Politikergeneration sowie der Wunsch, die Rehabilitierung Deutschlands in Europa abzuschließen, die die Aufgabe traditioneller Positionen erleichterte. Überdies ging es darum, gegenüber den europäischen Partnern zu signalisieren, dass auch das vereinte Deutschland sich nach wie vor zu der aus den Verbrechen des 2. Weltkriegs geborenen Verantwortung bekannte und sich gleichzeitig gegenüber dem östlichen Mitteleuropa Zurückhaltung auferlegte. Nach Frankreich und Israel war Polen gleichsam das noch fehlende große Element im deutschen Aussöhnungsprojekt nach dem 2. Weltkrieg.

Der Prozess der Dehistorisierung ruhte auf drei Säulen. Die erste Säule bildeten die bilateralen Verträge, die Anfang der 90er Jahre abgeschlossen wurden. In diesen wurden strittige Fragen definitiv geregelt (so etwa die Grenzfrage im deutsch-

polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990)¹. Dort, wo kein Konsens erzielt werden konnte, wurden Differenzen ausgeklammert (dies wurde sichtbar im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 bzw. dem diesem beigefügten Briefwechsel), gleichzeitig wurde ein breites Spektrum möglicher Kooperationsfelder und -formen dargelegt. Die zweite Säule verkörperte das dauerhafte Bekenntnis zu symbolischer Politik und politischen Gesten. Symbolische Akte mit Geschichtsbezug wurden von beiden Seiten immer wieder als gemeinschaftliche Gesten präsentiert. Durch ihre hohe emotionale Aufladung wirkten sie positiv in die Gesellschaften hinein. Die dritte Säule repräsentierte die gesellschaftliche Flanke der Aussöhnungsarbeit. In diesen Bereich gehören etwa gemeinsame und nationale Pflege deutschen und polnischen kulturellen und gesellschaftlichen Erbes oder Initiativen und Einrichtungen, die der wissenschaftlichen Aufarbeitung problembeladener Kapitel der gemeinsamen Geschichte dienen.

Dehistorisierung bedeutet nicht, dass Geschichte als Kristallisationspunkt bilateraler Diskussionen und Kontroversen verschwindet. Gemeint ist vielmehr, dass infolge einer graduellen „Konvergenz der Perspektiven“ (Borodziej 1997: 18) (welche auch die Möglichkeit vorübergehender Rückschläge und Divergenz einschließt) das Gewicht historischer Problemkomplexe relativiert wird und das beiderseitige Miteinander hiervon nicht dominiert oder paralysiert wird.

Depolitisierung

Parallel zum Prozess der Dehistorisierung kam es zu einer wachsenden Depolitisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Beide Entwicklungen hängen zusammen, da „historische Themen“ Bestandteil der innenpolitischen Agenden sind. Depolitisierung bedeutet, dass bilaterale Beziehungen in zunehmendem Maße robust gegenüber innenpolitischen Verwerfungen und Instrumentalisierungsversuchen werden. Erfolgreiche Depolitisierung impliziert auch, dass die Qualität der gegenseitigen Kooperation nicht von der „Farbe“ der jeweils amtierenden Regierungen abhängt.

Es wäre sicherlich nicht zutreffend, wollte man für die deutsch-polnischen Beziehungen in den 90er Jahren eine im obigen Sinne verstandene vollständige Entpolitisierung konstatieren. Immer wieder kam es auch in dieser Phase zu Wettereintrübungen, die darauf zurückzuführen waren, dass Interessengruppen oder politische Parteien Initiativen lancierten, welche für Friktionen im deutsch-polnischen Verhältnis sorgten. Charakteristisch ist etwa der „Resolutionskrieg“ zwischen dem deutschen Bundestag und dem polnischen Sejm aus dem Jahr 1998. Solche Abkühlungen führten aber nicht zu anhaltenden Klimaverschlechterungen; nach einiger Zeit kehrten die deutsch-polnischen Beziehungen wieder zu ihrem stabilen „Normalniveau“ zurück.

¹ Unterstrichen werden muss, dass die Unterzeichnung des Grenzvertrags in einem klaren Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung stand. Die Verbindung zwischen Einheit und Grenzankennung „erleichterte“ es der deutschen Seite oder konkret der Regierung Kohl, den Vertrag auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen durchzusetzen.

Dass im deutsch-polnischen Verhältnis im Rückblick auf die erste Dekade zumindest von einer relativen Entpolitisierung gesprochen werden kann, legt der Blick auf das deutsch-tschechische Verhältnis nahe. Durch die Stellung der Sudentendeutschen Landsmannschaft im bayerischen gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnis, die Patronagehaltung der CSU und die hieraus folgenden bundespolitischen Implikationen bestand immer eine hohe innenpolitische Dimension der deutsch-tschechischen Beziehungen in Deutschland. In der Tschechischen Republik wiederum, wo die Asymmetrien gegenüber Deutschland bzw. dem deutschsprachigen Raum wesentlich stärker ausgeprägt sind, waren „deutsche Themen“ ein intrinsisches Element der innenpolitischen Auseinandersetzung. Die deutsch-tschechischen Beziehungen „verengten“ sich daher, blieben lange „eindimensional und emotional“ (Heimann 2002: 275). Während Deutschlands Politik gegenüber Polen vorwiegend durch außenpolitische Interessen und externen Einfluss (etwa seitens wichtiger europäischer Partner oder der USA) motiviert war, blieben innenpolitische Momente lange Zeit für den Umgang mit der Tschechischen Republik prägend (Handl, Zaborowski 2000: 90).

Europäisierung

Die vielleicht gewichtigste Entwicklung der 90er Jahre in den deutsch-polnischen Beziehungen war die Europäisierung oder allgemeiner formuliert der Einfügung des bilateralen Verhältnisses in einen multilateralen Kontext (vgl. Handl 2002, Zaborowski 2002). Die Europäisierung und Multilateralisierung der deutsch-polnischen Beziehungen ist eine Konsequenz des deutschen Fürsprechertums für die Erweiterung von der NATO und Europäischer Union sowie des konsequenten Engagements für eine möglichst rasche Involvierung Polens, seines direkten und wichtigsten Nachbarn in Ostmitteleuropa, in diese Prozesse. Das deutsche „Advokaten-tum“ für Polen hatte eine andere Qualität, als die Parteinahme für die anderen EU- und NATO-Kandidaten aus der Region.

Polen wurde von der deutschen Außen- und Europapolitik von Anbeginn der Erweiterungsdiskussion an als zentraler Baustein der künftigen politischen und sicherheitspolitischen Architektur des Kontinents angesehen. Insofern hätte ein Fehlen Polens bei den ersten Erweiterungswellen von der NATO und EU aus deutscher Sicht ein immenses Manko beider Prozesse dargestellt. Berlin signalisierte denn auch im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung, dass es nicht bereits sein würde, Russlands Vorbehalte in Betracht zu ziehen. Die deutsche Position bei der zweiten Welle der NATO-Erweiterung war diesbezüglich wesentlich vorsichtiger. Insbesondere was die baltischen Staaten anbelangt, gab es (quer durch die politischen Lager) in Deutschland lange Zeit eine kontroverse Diskussion um das Für und Wider der Aufnahme in die Allianz. Noch deutlicher wurde das deutsche Eintreten für die polnische Sache bei der EU-Erweiterung. Obwohl klar war, dass Polen als größtes, verhältnismäßig „armes“ und stark agrarisches Beitrittsland eine Vielzahl von neuen Herausforderungen an die EU und auch handfeste Probleme für Deutschland mit sich

bringen würde, zeichnete sich ab, dass die deutsche Außenpolitik der Devise „keine erste EU-Erweiterung ohne Polen“ folgen würde. Gegenüber polnischen Journalisten erklärte ein Abgeordneter des Bundestags, die deutsche Formel für das Erweiterungsszenario sei „1+9-x“: auf jeden Fall Polen, überdies neun weitere Länder, wobei der eine oder andere Kandidat aufgrund von „Betriebsunfällen“ außen vor bleiben könnte.

Für Polen war und ist die Europäisierung der gegenseitigen Beziehungen vor allem in zweierlei Hinsicht positiv zu bewerten. Zum einen ist Multilateralisierung ein (potentielles) Instrument zur Reduktion von Asymmetrie. Sie bietet die Möglichkeit, neue bilaterale Bezugspunkte aufzutun und mit Partnern in mehrdimensionalen Zusammenhängen zu kooperieren. Zum anderen bestätigte sie ein hohes Maß an Kontinuität im deutschen Gebaren auf der europäischen Bühne. Die Europäisierung der Beziehungen Deutschlands zu Polen und anderen ostmitteleuropäischen Staaten bestätigte auch, dass die Dreierformel der deutschen Außen- und Europapolitik der Nachkriegsära weiterhin gültig blieb: doppelte Verankerung in den euro-atlantischen Strukturen (Westbindung), Präferenz für multilaterale Entscheidungsstrukturen, Vorliebe für „zivile“ *Soft-Power* anstelle von traditioneller Machtpolitik. Freilich verschwanden hierdurch die in Polen präsenten Bedenken aufgrund einer vermeintlich zunehmenden „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik nicht. Hierauf wird zurückzukommen sein.

Erfolgsrezept mit begrenzter Haltbarkeit

Die angesprochenen Tendenzen entwickelten sich natürlich weder linear noch in Reinform. Vor allem stellte sich bald heraus, dass sie keineswegs für ein dauerhaftes Miteinander ohne Störungen sorgen. Wenn vorübergehend der Eindruck einer harmonischen und weitgehend konfliktfreien deutsch-polnischen Kooperation entstand und sogar vor einer „Normalitätsfalle“ in den deutsch-polnischen Beziehungen gewarnt wurde (so einst Polens Staatspräsident Kwaśniewski), zeigte sich spätestens seit der Endphase der 90er Jahre, dass es auch oder gerade unter den neuen Rahmenbedingungen zu substantiellen bilateralen Verwerfungen kommen kann. Anders ausgedrückt, nach etwa einem Jahrzehnt erschöpften sich die drei überwölbenden Tendenzen deutsch-polnischer Kooperation, ja kehrten sich sogar ins Gegenteil.

Rehistorisierung

Historische Fragen, genauer das Nebeneinander der drei größeren Problemkomplexe „Vertriebenenzentrum“, „Vermögensansprüche“, „Entschädigungszahlungen“, drängten wieder zentral auf die bilaterale Agenda (vgl. Bachmann Kranz 2004, Góralski 2006, Urban 2005). Das Ansinnen deutscher Vertriebener und ihnen Nahestehender, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten, löste in Polen eine Welle der Verunsicherung aus, in deren Kern die Furcht vor einer Umdeutung der deutschen Rolle

während des Zweiten Weltkriegs sowie die Angst vor einer Relativierung des polnischen Leidens steht. Der schwerwiegende Vorwurf, in Deutschland sei ein fundamentaler Prozess der quasi-revisionistischen Neueinschätzung der eigenen Geschichte im Sinne einer Selbstviktimisierung und einer Aufweichung des in den vorherigen Jahrzehnten dominanten „Schuldnarrativs“ im Gange, wird zusammengespannt mit der Befürchtung, das deutsche Tätergedächtnis werde sich im wesentlichen auf die Sowjetunion und den Holocaust beziehen.

Flankiert und aufgewallt wurden polnische Bedenken dadurch, dass sich mit dem Projekt des „Vertreibungszentrums“ in Deutschland auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die nicht direkt mit den Vertriebenenorganisationen in Verbindung stehen, einschließlich profilierter Politiker solidarisiert haben.

Wurde von deutscher Seite gegenüber Polen lange darauf verwiesen, dass es sich bei der Initiative des Zentrums um ein Vorhaben handelt, das nicht von staatlicher Seite unterstützt wird, verwässerte sich diese Argumentation spätestens mit dem im Koalitionsvertrag der im Herbst 2005 an die Regierung gekommenen Großen Koalition enthaltenen Bekenntnis „zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung“ und zur Errichtung eines „sichtbaren Zeichens“, das an das „Unrecht von Vertreibungen erinnern“ und selbige „für immer ächten“ soll (CDU-CSU, SPD, 2005). Denn unabhängig davon, dass in dem Abkommen gleichzeitig eine multilaterale und konsensuelle Lösung „in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus“ angemahnt wird, wurde aus polnischer Sicht nun ein Engagement des deutschen Staates zugunsten eines solchen Vorhabens möglich.² Ungeachtet des in der Sache gegenüber der Idee des Vertriebenen-zentrums kritischen Tons wurde daher etwa die Anfang September 2006 gehaltene Rede des Bundespräsidenten auf dem „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) vom polnischen Regierungschef Jarosław Kaczyński scharf kritisiert (Roser 2006). Schon vorher hatte Kaczyński die Anfang August vollzogene Eröffnung der Vertriebenen-Ausstellung „Erzwungene Wege“ verurteilt und sie als „sehr schlechte, sehr irritierende und sehr traurige Angelegenheit“ bezeichnet (Rzeczpospolita 2006).

Im Zusammenhang mit den seitens einiger Vertriebener im Rahmen der „Preußischen Treuhand“ geltend gemachten Ansprüchen auf verlorene Immobilien östlich von Oder und Neiße kam in Polen zusätzlich Verunsicherung auf. Obwohl sich selbst die BdV-Führung öffentlich von dem Vorhaben distanzierte, obwohl Fachleute (einschließlich eines deutsch-polnischen Rechtsgutachtens) der „Preußischen Treuhand“ keine Chancen vor polnischen oder internationalen Gerichten geben, obwohl der Bundeskanzler bei seiner im August 2004 gehaltenen Rede anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstands klar machte, dass die deutsche Regierung die Forderungen der Treuhand nicht unterstützen wird und obwohl auch Bundeskanzlerin

² Im November 2006 bewilligte der Bundestag für das "Sichtbare Zeichen" zur Erinnerung an Vertreibungen erste Unterstützungen in Höhe von 750 000 Euro. Außerdem soll der Bund der Vertriebenen über 250 000 Euro aus dem Etat des Bundesinnenministeriums erhalten, die im Wesentlichen der Wanderausstellung "Erzwungene Wege" zugute kommen sollen.

Merkel zum Ausdruck brachte, dass die Schröder-Erklärung auch für ihre Regierung binden ist, wird teilweise von polnischer Seite ein formeller Forderungsverzicht durch die Bundesregierung verlangt. Dieser Schritt wird aber, nicht zuletzt aus innenpolitischen und finanziellen Gründen, von keiner deutschen Regierung gegangen. Polens politischer „Gegenschlag“ zu den Ansprüchen der „Preußischen Treuhand“ ist die Androhung von Reparationsforderungen. Ungeachtet dessen, dass das polnische Außenministerium solche Forderungen als aussichtslos beschrieb, hatte der polnische Sejm im September 2004 bei nur einer Enthaltung einen Beschluss gefasst, der die Warschauer Regierung dazu aufforderte, bei der Geltendmachung von Kompensationssprüchen aktiv zu werden. Zwar wurde diesem Ansinnen nicht entsprochen, doch flackerte das Thema immer wieder auf. Bei seinem Deutschland-Besuch im Oktober 2006 mahnte Premier Jarosław Kaczyński bei der deutschen Bundesregierung erneut einen Forderungsverzicht im Rahmen eines internationalen Vertrags an.

Repolitisierung

In zunehmendem Maße schlug sich auch die Zusammensetzung von Regierungskoalitionen wieder auf den Zustand des deutsch-polnischen Verhältnisses nieder. Bereits die Bundestagswahlen von 1998 hatten in Polen Skepsis hervorgerufen, befürchtete man doch, die neue rot-grüne Koalition sei in Sachen der EU-Erweiterung weniger entschlossen als ihre Vorgängerin. Vor allem aber das Verhalten der Regierung Schröder während des Irak-Konfliktes, also die massive Abgrenzung gegenüber Washington oder die Entstehung eines Konsultationsmechanismus zwischen Frankreich, Deutschland und Russland, löste Unbehagen aus – sah man doch Deutschland in zentralen Themen der Außen- und Sicherheitspolitik in das Lager der US-kritischen Balancierer abgleiten. Vertieft wurde das Misstrauen durch das persönlich unterfütterte Sonderverhältnis Deutschlands zu Russland und die ostentative Akzentuierung gemeinsamer deutsch-russischer Leuchtturmprojekte, allen voran die von deutschen und russischen Firmen lancierte Idee einer Gaspipeline durch die Ostsee.

Prinzipiell hätte man nach dem Regierungswechsel in Deutschland im Herbst 2005 mit einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen rechnen können. Immerhin schwenkte die neue Bundeskanzlerin in strategischen Fragen zurück auf traditionelle „euroatlantische“ Mittlerpositionen, versuchte sie, die Kommunikation mit Polen hinsichtlich deutscher Russlandpolitik zu verbessern, und verfolgte sie zwar weiter einen pragmatischen Kurs gegenüber Russland, der aber nüchterner wurde und durchaus kritisch begleitet wird.

Der Wandel der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Polen und die Entstehung von durch die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ dominierten Regierungen erschwerte indes einen Neuanfang in den gegenseitigen Beziehungen. Vor allem komplizierte die Situation eine in das ideologische Fundament der PiS eingeschriebene Deutschland-Skepsis und eine damit verbundene Neigung, die bilateralen Beziehungen stark durch historische Themen zu interpretieren. Zusätzliche Belastungen ergaben sich aus Sensitivitäten der neuen polnischen Garde, die offensichtlich

Schwierigkeiten damit hat, zwischen der offiziellen deutschen Regierungspolitik und Äußerungen sowie Initiativen gesellschaftlichen oder „privaten“ Charakters zu differenzieren. Ein Höhepunkt dessen war sicherlich die infolge einer als verletzend empfundenen Satire („Kartoffel-Gate“) in der deutschen Tageszeitung „taz“ erfolgte Absage des Gipfeltreffens des Weimarer Dreiecks durch den polnischen Staatspräsidenten. Als Nachteil für die bilateralen Beziehungen erwies sich auch der Umstand, dass keine der in der polnischen Dreierkoalition aus PiS, Liga der Polnischen Familien und Samoobrona vertretenen Parteien Mitglied eines der großen europäischen Parteienzusammenschlüsse ist, dem die deutschen Regierungsparteien (und auch Oppositionsgruppierungen) angehören.

Europa: Mehr Trennendes als Gemeinsames?

Und auch die dritte der für den Neubeginn zwischen Deutschland und Polen nach 1989 charakteristischen Entwicklungen erreichte ihre Grenzen. Vor allem zeigte sich der Doppelcharakter der Europäisierung. Diese blieb und bleibt zwar weiterhin ein stabilisierender Rahmen, der garantiert, dass beide Länder bei bilateralen Verwerfungen weiter, zusammen mit 23 anderen Staaten, sachorientiert über zahlreiche Themen sprechen, doch erweist sie sich auch als Quelle von Friktionen. Man darf wohl die Endphase der Beitrittsverhandlungen als die Phase beschreiben, in der die Konflikthaftigkeit der europäischen Dimension für das deutsch-polnische Verhältnis offenbar wurde. Zahlreiche sensitive Themen, die am Schluss des Erweiterungsgeschehens abgearbeitet wurden, hatten eine explizite oder implizite deutsch-polnische Komponente – sei es etwa die Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit, des Landerwerbs durch Ausländer, aber auch die Finanzproblematik, bei der sich der größte Nettozahler und der größte Benefizient europäischer Transfers gegenüberstanden. Polen wurde in Deutschland (wie auch in Brüssel) schon damals vielfach als „harter“ Verhandlungspartner angesehen. Das dezidierte Auftreten der Warschauer Regierung auf dem Kopenhagener „Erweiterungsgipfel“, bei dem die Schlussmodalitäten der Zehner-Erweiterung unter Dach und Fach gebracht wurden, bestätigte viele Beobachter in diesem Gefühl.

Als Polen in unmittelbarem Anschluss daran im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg uneingeschränkt Partei für die USA ergriff (nicht zu vergessen ist der Kauf amerikanischer F-16-Kampffjets, der Polen ebenfalls Sympathien kostete), wurde dies in Deutschland als grobe Unbotmäßigkeit und Ausdruck von „Undankbarkeit“ gegenüber dem Verbündeten, der konsequenter Verfechter der polnischen EU- und NATO-Mitgliedschaft war, aufgenommen.

Gab es vereinzelt in der Publizistik sowie in den Reihen der damaligen Opposition noch ein gewisses Verständnis für Polens Positionierung in Sachen Irak, wurde das nächste große europapolitische Aneinandergeraten beider Länder durchweg abgelehnt. Polens (vorläufiges) Nein zur „doppelten Mehrheit“ am 12. und 13. Dezember 2003 brachte ihm in Deutschland – zu Recht oder nicht – das Image eines europapolitischen Querulanten ein. Die vorausgegangenen innenpolnischen

Diskussionen und verbalen Kraftmeiereien („Nizza oder Tod!“) und die Inkaufnahme des Scheiterns eines EU-Gipfels (bevor die formelle Mitgliedschaft erlangt worden war) ließen das Bild eines an eigenen Partikularinteressen ausgerichteten und überdies inflexiblen Partners entstehen.

Das Intermezzo der orangefarbenen Revolution, das Polen als konstruktiven Akteur sah, der legitime nationale Belange mit übergeordneten europäischen Interessen geschickt verband, war von kurzer Dauer. Zwar versuchte Warschau hinsichtlich der Lage in Belarus abermals seine Belange zu europäisieren, doch mit geringem Erfolg. Die immer wieder aufbrechenden Streitigkeiten mit Russland über Energiefragen, historische Probleme und strategische Interessenkonflikte im postsowjetischen Raum ließen in Deutschland das alte Stereotyp vom Unruhestifter und Bremsen in den Beziehungen der EU zu Russland wiederaufleben. Mit Unverständnis und Verwunderung reagierte man denn auch in Deutschland über die scharfen polnischen Reaktionen auf die „Ostseepipeline“. Zweifelsohne gab es auch in Deutschland gerade nach dem russisch-ukrainischen Gaskonflikt vom Winter 2005-2006 eine Diskussion über neue Abhängigkeiten von Russland, doch stellte niemand die Notwendigkeit eines Ausbaus der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem großen Partner im Osten ernsthaft in Frage. Polens Verhalten war und ist für viele Beobachter in Deutschland irrational und nicht nachvollziehbar. Äußerungen, wie die von Verteidigungsminister Sikorski, der die Ostseeleitung als Neuauflage des Ribbentrop-Molotov-Pakts bezeichnete, schienen dies nur zu bestätigen.

Ein neuerlicher Schlag ins Kontor war Polens Blockade des Verhandlungsmandats der Brüsseler Kommission für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland im November 2006. Unabhängig davon, dass in der öffentlichen Debatte in Deutschland viel Verständnis für Polens Ruf nach einem „gemeinsamen“ Ansatz und einer „Europäisierung“ des polnischen Problems mit dem Ausfuhrverbot landwirtschaftlicher Güter auf den russischen Markt bestand, waren die Reaktionen der meisten Politiker negativ. Sie reichten bis zur drohenden Feststellung, bei einer anhaltenden Verhinderung und Verkomplizierung der EU-Russland-Kooperation durch einzelne Mitgliedsländer werde es dazu kommen, dass die kooperationswilligen Länder eigene Muster der Zusammenarbeit durch Kleingruppen voranbringen³.

Konflikte und Streit: Ursachen und Motive

Es ist latent schon angeklungen: Die mannigfachen deutsch-polnischen Streitigkeiten haben viel mit dem symbolischen Datum 1. Mai 2004 und Polens Aufnahme in die Europäische Union zu tun. Die „Interessengemeinschaft“ beider Länder, deren Kern das gemeinsame Ziel des polnischen Beitritts zur EU (und NATO) dargestellt hatte,

³ Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Wuermeling warnte davor, dass das polnische Verhalten nicht nur der EU schade, sondern auch kontraproduktiv sei. „Solche Erfahrungen werden die Debatte über das Ende der Einstimmigkeit bei europäischen Beschlüssen im Energiebereich und das Vorgehen einer kleiner Gruppe von EU-Staaten sicher befördern.“ (Handelsblatt 2006)

hätte nach Erfüllung ihrer Mission einer Neubegründung und inhaltlichen Neudefinition bedürft. Doch statt neuer Impulse zur Transformation der deutsch-polnischen Beziehungen zu einer proaktiven Gestaltungsgemeinschaft für Europa kennzeichnete sich das Verhältnis durch Konkurrenz und andauernde Misshelligkeiten.

Verstärkt wurde dies teils durch innenpolitisch motivierte Verhaltensweisen, teils durch Versuche außen- und europapolitischer Neuausrichtungen, teils durch die spezifische „Optik“ des Anderen und der bilateralen Beziehungen in beiden Ländern. Seien wir konkreter:

In Deutschland kamen in den letzten Jahren mehrere Sachverhalte zusammen, die sich entweder direkt oder in Form von Kollateralschäden negativ auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirkten.

- *Poland-Bashing*. Es ist unverkennbar, dass sich beachtliche Teile der deutschen Gesellschaft und Öffentlichkeit innerlich nicht oder noch nicht mit der Osterweiterung der EU abgefunden haben. Polen ist durch sein sperriges Verhalten und durch seine schiere Größe und Sichtbarkeit eine natürliche Projektionsfläche für Erweiterungsaversionen. Das streckenweise in deutschen Medien beobachtbare *Poland-Bashing* ist daher auch eine Art Eruption einer breiteren *enlargement fatigue*, bei der Polen so etwas wie ein *pars pro toto* darstellt.

- *Willensstarkes Deutschland*. Mag es in Polen immer wieder zu Überzeichnungen bei der Einschätzung der deutschen Außen- und Europapolitik kommen, so ist nicht zu bestreiten, dass insbesondere in der Schröder-Ära neue Akzente gesetzt wurden, die vom altbekannten multilateralen und konsensorientierten Europaansatz Deutschlands abwichen. Das Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist vielleicht das anschaulichste, bei weitem aber nicht das einzige Beispiel, das einen Hinweis darauf gibt, dass auch die deutsche Europapolitik nicht von Tendenzen der Renationalisierung und Enteuropäisierung frei ist. Das Verhältnis von Einordnung und Gestaltungswillen wurde zumindest phasenweise zugunsten der letzteren Handlungsmaxime ausbalanciert – auch wenn, wie gesagt, nach dem Herbst 2005 eher eine Rückkehr zur traditionellen multiplen und integrationsfreundlichen Politik durch „selbstbewusste Bescheidenheit“ (so Bundesaußenminister Steinmeier) angedeutet wird.

- *Fehlende Empathie*. In Deutschland wurde – insbesondere vor dem Hintergrund europäischer Auseinandersetzungen wie der Irak-Konflikt oder Verfassungsvertrag – eine Art „Ungleichheit in der Akzeptanz von Differenz“ deutlich. Verhaltensweisen, die bei Ländern aus dem „alten“ Europa mehr oder weniger stillschweigend hingenommen wurden, betrachtete man mit Blick auf Polen als „Loyalitätsbruch“ und Unbotmäßigkeit.

In Polen wiederum zeichnet sich seit einiger Zeit ein neues „Deutschland-Syndrom“ ab, das sich in Überreaktionen und einer dauerhaften Vertrauenskrise manifestiert. Neben der schon erwähnten Furcht vor deutscher Geschichtsklitterung spielen hier zunehmend Zweifel über die Vertrauenswürdigkeit eines „assertiven Deutschlands“ eine Rolle. Während Beobachter aus anderen europäischen Ländern dazu neigen, weder einen Paradigmenwechsel noch einen „epistemologischen Bruch“ in der deutschen Außenpolitik und vor allem Kontinuität, hingegen weniger Wandel ausmachen (Handl 2002: 8; Hyde-Price 2000: 24; Jopp u. a. 2002), bestan-

den in Polen offensichtlich schon seit längerem ausgeprägtere Befürchtungen, dass sich der „freundliche Riese“ Deutschland (Buras, Cichocki 2002) verändert. So wurde von polnischer Seite eine „deutliche Evolution der deutschen Außenpolitik, vor allem nach 1998“ registriert, wurde auf „neue Elemente“ in der deutschen Sichtweise der internationalen Beziehungen hingewiesen. Diese resultierten, so eine der Interpretationen, teils aus „emanzipatorischen Tendenzen einer sich wandelnden Außenpolitik“, teils aus externen Anforderungen, die an Deutschland herangetragen werden (Michałowski 2002: 160; vgl. auch: Cziomer 2005).

Damit kam es zu einem Wandel des Deutschland-Bildes. Der westliche Nachbar, einst Modell und durch seine „Anwaltsrolle“ besonderer Verbündeter, wird auch oder vornehmlich als Konkurrent und „unsicherer Kantonist“ wahrgenommen. Nach dem polnischen Regierungswechsel vom Herbst 2005 wurden diesen Tendenzen verstärkt sichtbar, da sie in einen teils ideologisierten, teils „versicherheitlichten“ und streckenweise geschichtspolitischen Zusammenhang eingebunden wurden. Indem die Idee einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft als „infantil“ und Bestandteil einer „naiven Doktrin der Freunde“ wahrgenommen wird, kommt es zumindest implizit zur Propagierung eines (altbekannten) Mythos einer angeblich permanenten deutsch-polnischen Rivalität (vgl. Muszyński, Rak 2006). Die Furcht vor einem sich in Europa renationalisierenden, auf außen- und sicherheitspolitischen Sonderwegen schreitenden und nicht zuletzt (dies zeigte der Streit über das „Zentrum gegen Vertreibung“) einem neuen Geschichtsrevisionismus anheim fallenden Deutschland wird amalgamiert und daraus wird die Notwendigkeit einer Art Eindämmung Deutschlands abgeleitet: Entweder durch die Aufrechterhaltung eines Entscheidungssystems der EU, das Polen bequeme Vetomöglichkeiten gibt, oder durch den Schulterschluss mit den USA, der die ungünstige geopolitische Lage abmildern soll.

„Konfrontative Kooperation“

Für das Gesamtbild der deutsch-polnischen Beziehungen in einem komplexen und sich rasch transformierenden europäischen und internationalen Umfeld ist davon auszugehen, dass sich auf absehbare Zeit immer wieder Irritationen entwickeln werden, die sich vor allem in Bereichen abspielen, in denen es um elementare sicherheitspolitische Herausforderungen (insbesondere hinsichtlich Osteuropas und dem Umgang mit Russland), europapolitische Grundsatzfragen und Interpretationen der Geschichte des 20. Jahrhunderts geht. Dies bedeutet nicht, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern vorwiegend durch Konflikte und Kollisionen charakterisiert bleiben. Denn immerhin besteht in den im Lauf der letzten anderthalb Jahrzehnte funktional stark diversifizierten deutsch-polnischen Relationen eine Vielzahl von bilateralen und multilateralen Feldern des Zusammenwirkens, die sich ungeachtet politischer Störungen weiterentwickeln. Überdies besteht ein robustes nichtpolitisches Fundament breiter Kontakte auf etwa auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, grenznaher und regionaler Ebene. Wichtig ist hierbei, dass sich temporäre politische Reibereien nicht negativ in der Wahrnehmung der Gesellschaften niederschlugen. So

hat sich das Image der Deutschen in den Augen der meisten Polen zu Beginn der 90er Jahre deutlich verbessert. Regelmäßig durchgeführte Umfragen zeigten, dass die Deutschen ungeachtet politischer Differenzen zwischen beiden Ländern stabil im Mittelfeld der Beliebtheit fremder Nationen verankert blieb (CBOS 2002). Neue Erhebungen belegen, dass selbst angesichts wiederholter und intensiver politischer Verwerfungen die vorwiegend positive Perzeption Deutschlands und der Deutschen in Polen anhält (vgl. Falkowski, Popko 2006; Falkowski 2006).

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden daher eher einer Art „kooperativer Konfrontation“ ähneln, die konstruktive Elemente wie auch Momente der Divergenz beinhaltet.

Daher wird es eher eine Form pragmatischer, selektiver Kooperation sein, auf die sich beide Länder einrichten werden. Jenseits einer vielleicht wünschenswerten, aber gegenwärtig wenig realistischen „strategischen Partnerschaft“ und einer trotz aller Misshelligkeiten kaum wahrscheinlichen „indifferenten Nachbarschaft“ (vgl. Lang 2004), werden Deutschland und Polen als Nachbarn in der EU im Positiven wie im Negativen aufeinander angewiesen bleiben.

Literatur

- Bachman, Klaus; Kranz, Jerzy (2006), *Die Nulloption scheint ein Faktum zu sein. Bemerkungen zum deutsch-polnischen Reparationsstreit*, Centrum Stosunków Międzynarodowych, Reports and Analyses, Warszawa.
- Borodziej, Włodzimierz (1997), *Polen und Deutschland seit 1945*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 53, S. 11-20.
- Buras, Piotr; Cichocki Marek (2002), *German European Policy – a Polish Perspective*, [in:] Jopp Mathias, Schneider Heinrich, Schmalz Uwe (Hrsg.) (2002), *Germany's European Policy: Perceptions in Key Partner Countries*, Bonn, S. 193-213.
- Cziomer, Erhard (2005), *Polityka zagraniczna Niemiec. Kontynuacja i zmiana po zjednoczeniu ze szczególnym uwzględnieniem polityki europejskiej i transatlantyckiej*, Warszawa.
- CDU-CSU, SPD (2005), *Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*, (11.11.2005), www.bundesregierung.de/bundespr.
- Falkowski, Mateusz (2006), *Razem w Unii. Niemcy w oczach Polaków 2000–2005*, publikacja wydana przy współpracy z Fundacją Konrada Adenauera, Warszawa.
- Falkowski, Mateusz; Popko, Agnieszka (2006), *Niemcy o Polsce i Polakach 2000–2006. Główne wnioski z badania*, Warszawa.
- Góralski, Witold M. (Hrsg.) (2006), *Polish German relations and the Effects of the Second World War*, Warsaw.
- Handelsblatt (2006), *Heftige Unions-Kritik an Polen*, 23.11.2006.
- Handl, Vladimir (2002), *Germany and the Visegrad Countries between Dependence and Asymmetric Partnership?*, „Studien zur internationalen Politik“, Universität der Bundeswehr, H. 3, Hamburg.
- Handl, Vladimir; Zaborowski, Marcin (2000), *Comparative Czech and Polish Perspectives and Policies on the Eastern Enlargement of the EU and the Prominence of the 'German Factor'*, „Discussion Paper of the Institute for German Studies“, Nr. 13, Birmingham.
- Hyde-Price, Adrian (2000), *Building a Stable Peace in Mitteleuropa: The German-Polish Hinge*, „Discussion Paper“, Nr. 18, Birmingham.
- Heimann, Richard (2002), *Deutsch-tschechische Erblasten*, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 3, S. 275-278.
- Jopp Mathias, Schneider Heinrich, Schmalz Uwe (Hrsg.) (2002), *Germany's European Policy: Perceptions in Key Partner Countries*, Bonn.

- Krzemiński, Adam (2006), *Versöhnung auf Raten. Deutsch-polnisches Verhältnis 15 Jahre nach dem Nachbarschaftsvertrag*, „Das Parlament”, Nr. 23-24, (6.6.2006), <http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/23-24/ThemaderWoche/001.html>.
- Lang, Kai-Olaf (2004), *Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft*, „SWP-Aktuell”, Nr. 48.
- Michałowski, Stanisław (2002), *Nowa jakość w stosunkach z Niemcami*, [in:] Kuźniar, Roman, Szczepaniak, Krzysztof (Hrsg.), *Polityka zagraniczna RP 1989–2002*, Warszawa, S. 146–162.
- Muszyński, Mariusz, Rak, Krzysztof (2006), *Dyplomacja niemocy*, „Rzeczpospolita”, 29.08.2006.
- Roser, Thomas (2006), *Polens Premier kritisiert Köhler-Rede*, „Tagesspiegel”, 4.9.2006.
- „Rzeczpospolita” (2006), *Wystawa niezgody*, 11.8.2006.
- Urban, Thomas (2005), *Historische Belastungen der Integration Polens in die EU*, „Aus Politik und Zeitgeschichte”, Nr. 5-6.

Współdziałanie z przeszkodami – stosunki polsko-niemieckie między konfrontacją a współpracą Streszczenie

Stosunki polsko-niemieckie rozwijały się w latach 90. ze zdumiewającą dynamiką i zdawały się stwarzać model udanej „pracy w zgodzie” oraz konstruktywnej współpracy w Europie. Za takim rozwojem kryły się trzy zasadnicze procesy:

- dehistoryzacja, czyli wzrastająca relatywizacja negatywnej siły nacechowanej tematami z przeszłości ukierunkowana na wzajemną kooperację w teraźniejszości,
- depolityzacja, czyli okoliczność, że zabarwienie polityczne rządów po obu stronach nie ma pierwotnego wpływu na jakość stosunków bilateralnych,
- europeizacja, tzn. rozwój współpracy bilateralnej w kontekście multilateralnym, przede wszystkim w europejskim, uwzględniający coraz więcej punktów widzenia odnośnie stosunków polsko-niemieckich.

Po około dziesięciu latach te trzy tendencje wyczerpały się, a nawet nabrały cech przeciwnych. Problemy historyczne znowu zajęły centralną pozycję w stosunkach bilateralnych. Skład koalicji rządowej odbił się na stanie stosunków polsko-niemieckich, a przede wszystkim uwidocznił się podwójny charakter europeizacji, która nadal stanowi co prawda ramy stabilizujące, gwarantujące, że oba kraje mimo bilateralnych zarzutów, nadal wspólnie z 23 innymi państwami rozmawiają w sposób poprawny merytorycznie na liczne tematy, jednakże okazuje się to także źródłem napięć. Szczególnie jasno widoczne stało się to w końcowej fazie procesu rozszerzania UE, w sprawie wojny w Iraku lub w problemach związanych z konstytucją europejską.

Dokonane w 2004 r. rozszerzenie Unii Europejskiej stanowi tym samym centralny znacznik rozwoju stosunków polsko-niemieckich po 1989 r. „Wspólnota interesów” obu państw, której jądro stanowiło polityczne przystąpienie do UE (i NATO), wymagałoby nowego uzasadnienia i nowego zdefiniowania meritum, jednakże zamiast nowych impulsów dla transformacji stosunków polsko-niemieckich dla proaktywnej wspólnoty kształtowania Europy, charakteryzował się ten stosunek relatywizmem i ciągłymi nieporozumieniami. Wzmocnieniu uległo to częściowo poprzez umotywowane wewnątrzpolitycznie sposoby postępowania, częściowo poprzez próby stworzenia nowych kierunków w polityce zagranicznej i europejskiej, a częściowo wskutek specyficznej „optyki” oraz stosunków bilateralnych w obu krajach.

W Niemczech uwidocznił się – w szczególności na tle tarć europejskich, takich jak konflikt iracki czy traktat konstytucyjny – rodzaj „nierówności akceptacji różnic”. Sposoby zachowania, przejęte niejako mniej lub bardziej w milczeniu przez kraje „starej” Europy, traktowano w spojrzeniu na Polskę jako „złamanie lojalności” i nieposłuszeństwo. Bardziej w mediach i dyskusjach publicznych niż wśród klasy politycznej dochodziło przy tym do form „Poland-Bashing”, które wyrażały możliwą awersję dużej części opinii publicznej wobec rozszerzenia UE na Wschód, przy czym Polska jako największy spośród nowych krajów członkowskich i „najbardziej rzucający się w oczy”, stawiała się często celem takich ataków.

W Polsce natomiast, w związku z uzyskaniem członkostwa w Unii Europejskiej, doszło do powstania nowego, asertywnego konsensusu w sprawie polityki europejskiej. Jednocześnie, co także w swej istocie jest ponadpartijnym fenomenem, doszło do zmiany wizerunku Niemiec: zachodni sąsiad,

wcześniej modelowy i dzięki swej roli „advokata” szczególny sojusznik, stał się nagle także lub głównie postrzegany jako konkurent i „niepewny kantonista”. Przyspieszony tradycyjną strukturalną nierównowagą („asymetrią”) rozwinął się w Polsce syndrom Niemiec, w którym zlała się w jedno obawa przed renacjonalizującymi się Niemcami, kroczącymi szczególnymi drogami w polityce zagranicznej i europejskiej i w których pojawia się (co było widoczne szczególnie w sprawie Centrum Przeciw Wypędzeniom) nowy rewizjonizm historyczny. Po zmianie rządu w Polsce jesienią 2005 r. stały się te tendencje znacznie bardziej widoczne, gdyż powiązane zostały w częściowo zideologizowanym, częściowo aseku-racyjnym i historyczno-politycznym związku.

Odnosnie ogólnego wizerunku stosunków polsko-niemieckich w kompleksowym oraz szybko transformującym się otoczeniu europejskim i międzynarodowym, należy założyć, że w przewidywalnej przyszłości pojawiać się będą coraz to nowe irytacje, rozgrywające się przede wszystkim w obszarach, w których chodzi o elementarne wyzwania polityki bezpieczeństwa (w szczególności odnośnie Europy Wschodniej i stosunku do Rosji), zasadnicze problemy z punktu widzenia polityki europejskiej i interpretacje historii XX wieku. Nie oznacza to, że stosunki pomiędzy obu krajami nadal nacechowane będą konfliktami i kolizjami, gdyż w ciągu ostatnich piętnastu lat funkcjonalnie silnie zdywersyfikowanych relacji polsko-niemieckich powstał cały szereg obszarów bilateralnego i multilateralnego współdziałania rozwijających się nadal, mimo politycznych zaburzeń. Stosunki pomiędzy obu krajami przypominać będą zatem raczej pewien rodzaj „konfrontacji kooperacyjnej”, zawierającej zarówno elementy konstruktywne, jak i momenty dywergencji.

Będzie to więc raczej forma pragmatycznej, selektywnej kooperacji, na której oprą się obydwa kraje. Poza być może pożądanym, ale obecnie mało realnym „partnerstwem strategicznym” oraz mimo wszelkich nieporozumień, mało prawdopodobnym „sąsiedztwem indyferentnym”, Niemcy i Polska jako sąsiedzi w UE będą skazani na siebie zarówno w pozytywnym, jak i negatywnym względzie.